

Die EU-Agenda explodiert

GASTKOMMENTAR VON MICHAEL GEHLER

Trotz Lösung des EU-Finanzstreits bleiben Österreich als „honest broker“ viele schwierige Aufgaben.

Österreich hat nun also seit Jahresbeginn den EU-Vorsitz inne. In seiner Zeitgeschichtsforschung dominieren aber gegenwartsferne Themen, während die Welt seit 1989 dramatische Veränderungen erlebt hat. Es interessiert kaum, welche Rolle Österreich seit 1955 in der Staatengesellschaft gespielt hat. Zeithistoriker/innen mit EU-Kenntnis sind Mangelware. Mit „Kulturwissenschaften“ wurde ein Megatrend forciert. Der falsche?

Hans-Peter Schwarz kam in seinem Buch „Republik ohne Kompass“ gemünzt auf Außenpolitik und historische Erfahrung für Deutschland zu ähnlichen Ergebnissen. Dabei kann Zeitgeschichte gegenwartsorientiert sein und fragen, welche Erfahrungswerte und Perspektiven sie bietet.

Beispiele? Die österreichische EU-Präsidentschaft 1998 war prächtig organisiert, im Ergebnis aber bescheiden. Sie kam erst nach dem „Sommerloch“ in Schwung. Die deutschen Bundestagswahlen überschatteten sie. Nach der Abwahl Kohls wurde abgewartet. Der Wille der Staats- und Regierungschefs zur „Agenda 2000“ fehlte. Am Rande einigten sich Briten und Franzosen über Kapazitäten für autonome EU-Militäraktionen in St. Malo - ohne österreichisches Dazutun, brachte doch die Große Koalition nicht einmal den eigenen „Optionenbericht“ zustande.

Konstellation erscheint günstiger

Die innenpolitischen Konstellationen scheinen auf den ersten Blick jetzt günstiger. ÖVP und BZÖ sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen, wobei die Koalitionsstabilität nicht mehr gegeben ist. Bundeskanzleramt und Außenministerium ziehen dafür am gleichen Strang. Mit „Nachdenkpausen“ geht es nicht mehr. Die deutschen Wahlen sind geschlagen, die Überwindung der Agonie beim angeblich „großen Bruder“ aber noch nicht. Unter EU 25 ist Österreich vom Faktor Deutschland „unabhängiger“ als zu EU-14-Zeiten.

Die Agenda der Präsidentschaft war 1998 schon enorm, inzwischen ist sie explodiert. Überbordend sind die Sicherheitsfragen. Die Iran-Krise schwelt, angeheizt zuletzt mehr von der eigenen Führung als von den USA. Als (Noch-)Neutraler mit offiziell guten Beziehungen zu Teheran wird Öster-



reich als EU-Vorsitzland glaubwürdiger sein als ein Nato-Staat. Berlusconi, Blair oder Chirac können nicht europäischer gemacht werden, als sie sind, auch wenn sich Frankreichs Staatspräsident nun EU-reformfreudig gebärdet. Ihnen allen fehlt EU-Führungsfähigkeit, zu stark dominieren innenpolitische Erfordernisse.

Irland stand 2004 vor einer schwierigen Präsidentschaft. Es führte die Verhandlungen als „honest broker“. Nach Lösung des unwürdigen Finanzstreits ist diese als erste Priorität entfallen. Die verbliebene Problemfülle schließt ein Handlungsleitmotiv aus. Vertrauensbildung in Richtung der neuen Mitglieder ist notwendig und ein EU-Sondergipfel zur Nachbesserung der „Verfassung“ hinsichtlich sozialer Fragen und Rechte wünschenswerter denn je. „Mr. Konvent“ Voggenhuber hat Recht, wenn er darauf besteht. Österreich hat den Vertrag ratifiziert. Weil es ihn nicht sterben lassen will, wird es dem Unternehmen eine kräftige Stärkungsinjektion geben müssen. Als erweiterungspolitische Notwendigkeit kann man ihn aufgrund fehlender Alternativen nicht aufgeben.

Es bleiben „Minimalziele“: EU-Europa hat von den USA grund- und menschenrechtliche Standards deutlicher einzufordern. Die „EU-Nachbarschaftspolitik“ muss mehr abgestimmt und differenzierter werden. Südosteuropa bleibt für die EU-Außenpolitik Nr. 1. „Westbalkan“ zu sagen, ist nicht nur historisch unsinnig, sondern auch politisch unklug. Kroatiens EU-Bei-

tritt bleibt Nahziel und für den Kosovo ein verbindlicher Status Ziel. Das wird ohne Einbeziehung Belgrads nicht gehen. Der „Balkan“ ist somit ein Gesamtpaket.

Eine Expertise wie die von Erhard Busek ist für die Europäisierung dieser sensiblen Region so unverzichtbar wie jene von Wolfgang Petritsch. Die Türkei-Verhandlungen müssen trotz aller jüngeren Verwerfungen fair bleiben und alternative Optionen einen späteren Vollbeitritt nicht ausschließen. Ein Beitrag zur Deeskalierung ist notwendig. „1:24-Positionen“ sind ausgeschlossen. Die EU wird als Beschäftigungs-, Sozial- und Wohlfahrtsraum glaubhafter sein und das seit dem Maastricht-Diskurs verdrängte Subsidiaritätsprinzip erlebbarer machen müssen.

EU-Kater ausnüchtern

Den EU-Kater auszunüchtern und die Erweiterung als Chance hat die Regierung für die eigene Bevölkerung bisher nicht zu vermitteln verstanden. Basisorientierte Kommunikation ist notwendig - keine Werbebroschüren und gelenkte Kampagnen, sondern offene Diskussionsforen, nicht nur an Sonntagen mit beratungsresistenten Politiker/innen, sondern mit Bürgern, v. a. der Jugend, wie zuletzt im Parlament. Trotz Lösung des Finanzstreits bleiben Österreich als „honest broker“ schwierige Aufgaben, weshalb alle Kräfte zu bündeln und neue zu aktivieren sind.

Dr. Michael Gehler ist Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Zuletzt erschienen: „Österreichs Außenpolitik in der Zweiten Republik“, „Europa. Ideen - Institutionen - Vereinigung.“



meinung@diepresse.com